

Aufbruch 2006

Die FDP als Bürgerpartei für das ganze Volk

Strategische Überlegungen für eine unabhängige, eigenständige und starke FDP

I. Das Ergebnis der BTW 2002

Bei der Bundestagswahl 2002 konnten drei Parteien sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen hinzugewinnen, zwei Parteien haben sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen Verluste hinnehmen müssen. Die höchsten Zuwächse bei den Zweitstimmen erzielten CDU/CSU vor Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Die höchsten Zuwächse bei den Erststimmen erreichte die FDP vor CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen.

So wie es vor der Bundestagswahl offensichtlich keine ausgeprägte Wechselstimmung gegeben hat, gibt es nach der Bundestagswahl keinerlei Begeisterung für den Start der neuen Bundesregierung. Im Gegensatz zur Bundestagswahl 1998 zeigt eine aktuelle Untersuchung des Allensbach-Institutes, dass die Mehrheit der Wähler mit wenig innerer Überzeugung die rot-grüne Bundesregierung bestätigt hat. Während im Oktober 1998 eine deutliche Mehrheit von 48 % der Befragten gegenüber 37 % sich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl zufrieden zeigten, so sind diesmal nur 41 % zufrieden, 44 % hingegen unzufrieden. Viele Wähler haben bei der Bundestagswahl unter dem Eindruck der letzten vier Wochen, nicht der letzten vier Jahre, ihre Wahlentscheidung gefällt. Die Parteienlandschaft in Deutschland bleibt in Bewegung.

Zur SPD

Die SPD verliert bundesweit 2,6 % der Zweitstimmen gegenüber 1998. Dabei ist allerdings ein eindeutiger Ost-West Unterschied zu erkennen. Während im Westteil des Landes die Unterstützung der SPD um 4 % Punkte zurückgeht, gewinnt sie im Ostteil 4,7 % hinzu. Ihren knappen Wahlerfolg hat die SPD ihrem Spitzenkandidaten Bundeskanzler Gerhard Schröder zu verdanken, der von den beiden anderen Kanzlerkandidaten zu keinem Zeitpunkt in der Akzeptanz der Wähler überholt wurde. Inhaltliche Überlegungen haben bei der Wahl der SPD nur nachrangig eine Rolle gespielt.

Die SPD hat in ihrem Wahlkampf vor allem auf kurzfristige Elemente der Wählermobilisierung vertraut. Neben den exekutiven Handlungsvorteilen bei der Flutkatastrophe und der polarisierenden Zuspitzung im Irakkonflikt war einzig die Hartz-Kommission als politisches Gestaltungsthema erkennbar.

Zu den Grünen

Die Grünen haben ihr bislang bestes Bundestagswahlergebnis erzielt. Den Grünen ist es durch ihre funktionale Zuspitzung in der Endphase des Wahlkampfes gelungen, etwa 500.000 Zweitstimmen von der SPD zu gewinnen. Die Tatsache, dass es den Grünen bei der Bundestagswahl zum ersten mal seit 20 Wahlen möglich war, das Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Wahl zu verbessern, gibt Anlass zu der Annahme, dass es sich hierbei um zahlreiche so genannte Leihstimmen von SPD-Anhängern gehandelt hat. Es gelingt den Grünen außerdem nicht, die Schere zwischen dem Ergebnis in Ostdeutschland und dem Ergebnis in Westdeutschland zu schließen. Trotz ihres guten Gesamtergebnisses bleiben die Grünen in allen ostdeutschen Bundesländern unter 5 % und damit eine Regionalpartei West. Die Grünen gewinnen in allen Altersgruppen hinzu, in der Gruppe der unter 45 jährigen allerdings nur ganz geringfügig. Hohe Zuwächse erzielen die Grünen insbesondere in der Gruppe der 45-59 jährigen. Dies weist darauf hin, dass die Wähler der Grünen mit ihrer Partei älter werden.

Der Erfolg der Grünen ist vorrangig auf die Beliebtheitswerte des Bundesaußenministers zurückzuführen. Der Versuch, wirtschafts- und finanzpolitisches Profil zu gewinnen, ist symbolträchtig mit der Abwahl Oswald Metzgers jedenfalls vorläufig gescheitert.

Zur Union

Die hohen Zuwächse der CSU in Bayern verdecken bei dieser Wahl, dass die CDU nur einen Stimmenzuwachs von 160.000 Stimmen zum Gesamtergebnis der Union beitragen konnte. Ähnlich wie bei Grünen und PDS ist der Abstand im Ergebnis zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Union erheblich. Während die CDU/CSU im Westen über 40 % der Stimmen erreicht, bleibt sie im Ostteil des Landes deutlich unter 30 %.

Die Diskussion in der Union über das schlechte Abschneiden der CDU wurde durch die machtpolitischen Entscheidungen in der Bundestagsfraktion verdeckt. Offensichtlich bleibt die CDU aber hin und her gerissen zwischen einigen Modernisierern, gesellschaftspolitisch konservativen Hardlinern und einem Großteil an sozialdemokratisch denkenden Funktionsträgern.

Zur PDS

Mit der Bundestagswahl 2002 ist die Strategie der bundesweiten Ausdehnung der PDS gescheitert. Die Tatsache, dass die PDS von einem sehr niedrigen Ergebnis im Westen noch einmal um 0,1 % Punkte abrutschte, zeigt, dass es hier trotz erheblicher finanzieller Investitionen nicht gelungen ist, eine ausreichende strukturelle Basis zu schaffen. Der Bundesparteitag der PDS in Gera hat gezeigt, dass die Reformer nur eine kleine Minderheit der PDS-Mitgliedschaft vertreten. Der Wegfall ihrer wichtigsten Machtbasis Bundestagsfraktion schwächt den reformsozialistischen Flügel weiter. Die PDS als Regionalpartei Ost hat in einzelnen Bundesländern noch längerfristige Existenzchancen, wird als Koalitionspartner für rot-rote Bündnisse allerdings zunehmend unkalkulierbarer. Der Erosionsprozess bei der überalterten Mitgliedschaft der PDS setzt sich fort.

Zur FDP

Die FDP hat ihre Wahlziele nicht erreicht, gleichwohl hat sich die Substanz der FDP gegenüber 1998 deutlich verbessert. Dies wird insbesondere an den Erststimmen deutlich. Das bisherige Ost-West-Gefälle besteht nicht mehr. Die FDP ist gesamtdeutsche Partei. Mit Ausnahme des Landes Bremen ist jeder FDP-Landesverband wieder mit mindestens einem Abgeordneten in der FDP-Bundestagsfraktion vertreten. Ferner findet eine Angleichung der FDP-Ergebnisse statt. Dies gilt für die Bundesländer ebenso wie für die Wahlkreise innerhalb der Bundesländer als auch innerhalb der soziostrukturellen Gruppen. Die Unabhängigkeitsstrategie der FDP hat es SPD-Wählern möglich gemacht, die FDP zu unterstützen.

Schlussfolgerungen

Mit der Bundestagswahl 2002 ist die Bundesrepublik Deutschland zu einem Vierparteiensystem zurückgekehrt. Nur SPD und FDP verfügen in Ost- und Westdeutschland über eine prozentual vergleichbare Wählerbasis. Die Grünen bleiben eine Regionalpartei West, die allerdings in den Großstädten Westdeutschlands bemerkenswerte Ergebnisse erzielen konnte. Die PDS bleibt eine Regionalpartei Ost, deren Basis allerdings auch in Ostdeutschland weiter dahinschwindet. Die CDU gewinnt ihre einstmals starke Stellung in Ostdeutschland nicht zurück.

Der Generationswechsel in der Wählerschaft beleuchtet tiefergehende Veränderungsprozesse für das deutsche Parteiensystem. Nur FDP und Grüne gewinnen mehr Erstwähler hinzu als gleichzeitig frühere Wähler der beiden Parteien versterben. Die CDU verliert alleine durch den Generationswechsel 540.000 Wähler, die SPD 190.000. Gleichzeitig repräsentieren FDP und Grüne in keiner Wählergruppe so viele Wähler wie in der Gruppe der unter 30 jährigen. Dort entscheiden sich gerade noch 70 % der Deutschen für SPD und CDU. Dieser Prozess wird das deutsche Parteiensystem auf Dauer nachhaltig verändern.

Das Parteiensystem in Deutschland verändert sich langsamer als in Europa aber es verändert sich wie in Europa.

II. Zur FDP im Einzelnen

1. Das Wahlergebnis

Die FDP erreichte ihre drei Wahlziele nicht. Sie blieb weit unter dem angestrebten Wahlergebnis, konnte keine Regierungsverantwortung übernehmen und verfehlte den dritten Platz im Parteiensystem.

Die **FDP** erzielte bei der Bundestagswahl 2002 ein Endergebnis von **7,4 %** (6,4 % in Ostdeutschland, 7,6 % in Westdeutschland), legte also gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 1998 um 1,2 % (davon + 3,1 % in Ostdeutschland und + 0,6 % in Westdeutschland) zu. Gegenüber 1994 wurde ein um 0,7 % besseres Ergebnis erzielt.

Zuletzt erreichte die FDP bei der Bundestagswahl nach der Wiedervereinigung 1990 mit 11,0 % ein besseres Ergebnis. (sh. hierzu Anlagen 1 u. 2)

Der Substanzgewinn der FDP ist vor allem beim Erststimmenergebnis zu erkennen. Hier erzielte die FDP mit einem Ergebnis von 5,8 % einen Zugewinn von 2,8 % gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 1998 und liegt damit nun 0,2 % vor den Grünen.

In allen Bundesländern mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Bayern konnte die FDP hinzugewinnen. Schon 1998 hatte die FDP 93 % ihrer Verluste in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen. Dieser Trend konnte nur in Niedersachsen durchbrochen werden. Die besten Wahlergebnisse erzielte die FDP in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 9,3 %. Die höchsten Stimmenzugewinne erreichte die FDP in den ostdeutschen Bundesländern (Sachsen + 3,7 %, Sachsen-Anhalt + 3,5 %, Mecklenburg-Vorpommern + 3,2 %, Brandenburg + 3,0 % und Thüringen + 2,5 %).

Auffallend sind die **geschlechtsspezifischen Unterschiede**: Bei den Männern konnte die FDP stärker zulegen als bei den Frauen. Der Anteil der männlichen FDP-Wähler liegt mit 8,0 % (+1,6 %) höher als der bei den Wählerinnen mit nur 6,9 % (+0,8 %).

Besonders auffällig ist die **Altersstruktur** der FDP-Wähler: Bei den unter 30-Jährigen wurden 10 % erreicht (+ 3,8 %). In der Gruppe der über 60-Jährigen dagegen verlor die FDP leicht (-0,5 %) und kam nur auf 5,8 %. Zulegen konnte die FDP dagegen in ihrer früheren Problemgruppe der 30-44-Jährigen um 2,4 % auf 7,6 %. Der Anteil bei den 45-59-Jährigen veränderte sich kaum (+ 0,1 % auf 7,4 %). Somit sank die Zustimmung zur FDP mit zunehmendem Alter.

In absoluten Zahlen bedeutet das Wahlergebnis der FDP, dass sie bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von etwa 80 Prozent bei den über 60-Jährigen circa 72.000 Stimmen (ca. 18 Mio. Menschen) verloren hat und bei den unter 30-Jährigen (ca. 10 Mio.) bei einer festgestellten Wahlbeteiligung von 69,9 % einen Stimmenzugewinn von circa 265.000 Stimmen erreichen konnte.

Die **Wählerwanderungen** für die FDP stellen sich laut Infratest dimap wie folgt dar: Der größte Anteil der neu gewonnenen Wähler der FDP kam von der SPD (350.000). Die Gewinne bei den Nichtwählern sind dagegen relativ gering (10.000). Auf der anderen Seite hat die FDP 50.000 Stimmen an die Grünen verloren, 20.000 an die Union.

Betrachtet man nur den Wählersaldo, hat die CDU/CSU von der FDP 20.000 Wählerinnen und Wähler gewonnen. Dahinter verbergen sich aber tiefgreifende Wanderungsbewegungen. So gingen 830.000 FDP-Wähler von 1998 zur Union, dafür konnten aber 810.000 frühere Unions-Wähler gewonnen werden. Die Austauschprozesse an Wählern zwischen FDP und Union sind sehr viel größer als der Saldo vermuten lässt. 30% der FDP-Wähler von 1998 waren Koalitionswähler, dafür sind 20 % der FDP-Wähler von 2002 frühere CDU-Anhänger.

2. Bestandsaufnahme

Die FDP hat ihre kommunale Basis und Präsenz in den Landtagen seit der Bundestagswahl 1998 deutlich ausbauen können.

So haben wir bundesweit nun über 5.000 liberale kommunale Mandatsträger. Nach der Bundestagswahl 1998 erzielte die FDP in einer Reihe von Landtagswahlen nur Ergebnisse zwischen 1,1% und 5,1%. Beginnend mit der Landtagswahl in Schleswig-Holstein kehrte die FDP in zahlreiche Landtage zurück, zuletzt in Berlin mit dem besten Ergebnis seit 1954 (9,9%) und Sachsen-Anhalt mit 13,3%. Zugleich konnte das Gewicht der FDP im Bundesrat durch die Beteiligung an zwei weiteren Landesregierungen gestärkt werden. Dadurch hat die FDP nunmehr Einfluss auf 22 Stimmen im Bundesrat. In Mecklenburg-Vorpommern verfehlte die FDP mit einem Zuwachs von 3,1% die Rückkehr in den Landtag ganz knapp.

Die FDP ist die einzige Bundestagspartei mit einem tatsächlichen Mitgliederzuwachs. Im Jahr 2001 sind insgesamt 5.579 neue Mitglieder in die FDP eingetreten. Diese Zahl war seit Gründung der FDP nur einmal, 1990 bei der Deutschen Einheit, übertroffen worden. Die FDP ist 2001 von 62.721 auf 64.063 Mitglieder gewachsen. Das bedeutet unter dem Strich für das Jahr 2001 ein Plus von 1.342 FDP-Mitgliedern. 46,1 % der 2001 neu eingetretenen FDP-Mitglieder waren jünger als 35 Jahre. Vom 01. Januar bis zum 30. Oktober diesen Jahres kann die FDP bereits 6.844 Neueintritte verzeichnen, 47,3 % davon sind unter 35 Jahren. Der Frauenanteil in der FDP beträgt 23,7 %. Die Gesamtmitgliederzahl beläuft sich damit nun auf 66.781. In den Jahren 2001 und 2002 haben wir bis heute 12.423 neue Mitglieder gewinnen können. Der Nettozuwachs im Jahr 2002 liegt bei 4,2 %. Der Nettozuwachs im Verhältnis zum 31.12.2000 beträgt 6,5 %. Unter Betrachtung der Gesamtmitgliederzahl ist ein Fünftel der aktiven FDP-Mitgliedschaft in den letzten beiden Jahren in die FDP eingetreten. (sh. hierzu Anlage 3)

3. Zur Bewertung

Gegenüber den Jahren 1994 und 1998 hat sich die Lage der FDP deutlich verbessert. Die FDP konnte einen deutlichen Substanzgewinn erreichen und bei den Erststimmen auch die Grünen vom dritten Platz verdrängen. Das Ergebnis ist gleichwohl für die FDP und unsere Anhängerschaft enttäuschend, weil wir unsere drei Wahlziele nicht erreicht haben: Wir blieben weit hinter unserem Wahlziel von 18% zurück, wir konnten die Regierungsverantwortung nicht erringen und blieben bei den Wahl entscheidenden Zweitstimmen auf dem vierten Platz.

Die Enttäuschung ist bei unserer Anhängerschaft und in unserer Partei auch deshalb besonders groß, weil ein Regierungswechsel zum Greifen nahe war und die FDP eindeutig unter ihren Möglichkeiten bei der Bundestagswahl geblieben ist.

Es ist der FDP und der Opposition insgesamt nicht gelungen, die Bundestagswahl zu einer Abstimmung über die letzten vier Jahre zu machen. Stattdessen gelang es der Bundesregierung, die Arbeit der letzten vier Wochen zum Wahl entscheidenden Motiv für zahlreiche Wechselwähler zu machen. Bei den Regierungsparteien war die Flutkatastrophe ein Wendepunkt für die Stimmungs- und Stimmenentwicklung.

Bei der FDP war die sogenannte Antisemitismusdebatte unmittelbar nach dem Bundesparteitag im Mannheim eine negative Trendwende.

Es ist der politischen Konkurrenz im Laufe des Bundestagswahlkampfes gelungen, die FDP mit dem Etikett „Spaßpartei“ zu diskreditieren. Insbesondere bei den Älteren wirkte sich der Vorwurf der „Spaßpartei“ negativ aus. Was bei den Jüngeren zum Teil ein ausdrücklicher Grund war, die FDP zu unterstützen, nämlich ein unkonventioneller und provokanter Wahlkampfstil, war für viele Ältere genau der Grund, sich nicht für die FDP zu entscheiden. Ob die Flutkatastrophe und die Diskussion über einen möglichen Krieg im Irak die Tendenz noch verstärkt haben, wird unterschiedlich beurteilt. Jedenfalls konnte die FDP in den beiden Ländern, die von der Flutkatastrophe am heftigsten betroffen waren, nämlich Sachsen und Sachsen-Anhalt, die größten Zuwächse bei den Wählerstimmen verzeichnen. Die Bundesregierung hat die Flutkatastrophe genutzt, um mit der Präsenz der Exekutiven den Eindruck einer energischen und zupackenden Regierung zu erwecken. Nach und nach konnte sie so das Bild des Kanzlers der ruhigen Hand verdrängen. Weil in solchen Katastrophen die Regierung mit ihren exekutiven Möglichkeiten konkret handeln kann, war Rot-Grün in dieser Situation in einer „win-win“-Position, die Opposition in einer „lose-lose“-Position. Dies betraf nicht nur die FDP, sondern auch die Unionsparteien und ihren Kanzlerkandidaten.

Es ist der Bundesregierung zudem gelungen, anti-amerikanische Ressentiments zu nutzen, indem sie Angst vor einem möglichen Krieg im Irak geschürt hat. Der außenpolitische Schaden für Deutschland ist mittlerweile deutlich zu erkennen. Die FDP ist nicht ausreichend als das transatlantische Gegengewicht der außenpolitischen Vernunft zum rot-grünen Anti-Amerikanismus durchgedrungen. Der FDP ist es ferner nicht gelungen, die fünf auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag 2001 festgelegten inhaltlichen Schwerpunkte als Meinungsführerin im Bundestagswahlkampf einzuführen. Lediglich bei zwei Feldern - „Die FDP ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft“ und „Die FDP ist die Partei der Bildung“ - konnte sich die FDP im Ansehen der Wählerinnen und Wähler eine besondere Kompetenz erarbeiten. Bei den Themenfeldern Rechtsstaat, Europapartei und Mobilität, aber auch der durch den Bundesvorstand zusätzlich zum Schwerpunktthema erklärten Familienpolitik, gelang dies nicht. Damit hat sich die FDP zwar bei zwei Feldern ein klares Profil und überdurchschnittliches Ansehen erarbeiten können, insgesamt aber blieb das inhaltliche Profil der FDP zu schmal.

Soweit das Fehlen einer Koalitionsaussage als Ursache für das Verfehlen der Wahlziele der FDP genannt wird, ist diese Einschätzung zu kurz gegriffen. Einerseits hätte eine Koalitionsaussage durch die Parteiführung kurz vor der Bundestagswahl sich in einen Widerspruch zu drei nahezu einstimmigen Parteitagsbeschlüssen gestellt. Eine äußerst kontroverse Diskussion innerhalb der FDP vor den Augen der Öffentlichkeit wäre zwangsläufig die Folge gewesen. Der Bruch der Unabhängigkeitsstrategie bei dieser Bundestagswahl hätte im übrigen mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer Kommentierung in Richtung „Umfaller-Partei“ geführt und wäre als Eingeständnis eigener Schwäche und Wahlängste kurz vor der Bundestagswahl dargestellt worden. Entscheidend aber ist, dass die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der FDP, also das nach 30 Jahren erstmalige bewusste Verzicht auf eine Koalitionsaussage, ein Grund für zahlreiche Jüngere war, sich der FDP wieder zuzuwenden, weil sie in der FDP nicht das Beiboot einer anderen Partei sondern eine eigenständige Alternative mit mutigen Ansprüchen im Parteiensystem

erkennen konnten. Ferner bleibt offen, ob das, was von strategischen Unionswählern möglicherweise an Zweitstimmen zu gewinnen war, auf der anderen Seite durch den Weggang vieler der gewonnenen 350.000 SPD-Wähler übertroffen worden wäre.

Die FDP befand sich nach der Wahl von Sachsen-Anhalt zum Zeitpunkt ihres Bundesparteitages im Mai d.J. in Mannheim auf dem Zenit der Zustimmung. Wenige Tage danach begann eine Antisemitismusdebatte, ausgelöst durch die Aufnahme eines früheren grünen Landtagsabgeordneten in die FDP und die entsprechende Instrumentalisierung durch Jürgen Möllemann. Obgleich der Bundesvorstand in seiner Berliner Erklärung vom 31. Mai 2002 sich eindeutig von diesen Aussagen Jürgen Möllemanns distanziert hat, blieb doch eine Irritation vieler bürgerlicher Wähler der Freien Demokraten. Zudem wurde das Ansehen des Bundesvorsitzenden durch die Vorgänge im einzelnen beschädigt. Am deutlichsten wird dies bei der Betrachtung der Meinungsentwicklung der Multiplikatoren in der unmittelbaren Zeit nach dem Bundesparteitag. So belegt der Business-Monitor des Handelsblatts im Juni einen dramatischen Verlust des Ansehens bei Wirtschaftsführern. Nach dem Bundesparteitag im Mai hatte die FDP mit der Durchschnittsquote von 2,8 noch einen Höchststand bei der Bewertung durch die Manager erreicht. Im Juni verschlechterte sich der Wert auf 3,5. Besonders dramatisch: Während im Mai nur 14% der Wirtschaftsführer das Auftreten der FDP als schlecht oder sehr schlecht bezeichneten, waren es im Juni 54%. Dies erklärt auch zu einem erheblichen Teil die Tatsache, dass die FDP ihr Potenzial bei den Selbständigen nicht ausschöpfen konnte. Die FDP erreichte in dieser Zielgruppe nur 9% bei einem Potenzial von über 30%. Nach einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach gab es in keiner anderen Wählergruppe eine größere Diskrepanz zwischen der grundsätzlichen Bereitschaft FDP zu wählen und der tatsächlichen Wahlentscheidung. Jeder Zweite begründet seinen Verzicht auf die Wahl der FDP mit den Äußerungen von Jürgen Möllemann. Nachdem es gelungen war, im Laufe des Sommers einen Teil der Verunsicherung der FDP-Wähler wieder auszuräumen, verabschiedeten sich nach der Aktion in der letzten Woche viele dieser irritierten möglichen FDP-Wähler in Anbetracht der neuerlichen Antisemitismusdebatte endgültig für diese Bundestagswahl von der FDP.

Unterm Strich hat sich die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der FDP bewährt und zu einem Substanzgewinn der FDP geführt. Die FDP wendet sich gegen jede Lagertheorie. Die Freien Demokraten sind nicht Bestandteil eines konservativen Lagers, sondern sie sind und bleiben eine unabhängige eigenständige Alternative zu allen anderen Parteien in Deutschland. Es hat sich ferner die zweite Säule der Strategie, nämlich die FDP als Partei für das ganze Volk, bewährt. Die FDP hat mit dieser klaren Absage an die Vorstellung einer einkommensspezifischen Klientelpartei Erfolg gehabt und bisher nicht erreichte Wählerschichten erschlossen. Die Tatsache, dass die FDP jetzt in ganz Deutschland parlamentarisch erfolgreich ist, ist wesentlich auf diese beiden Säulen der Strategie der FDP zurückzuführen.

Die Zahl 18 war nie Inhalt der Strategie, sondern ein Instrument. Welches Wahlziel die FDP sich bei der Bundestagswahl im Jahr 2006 setzt, wird vor der Bundestagswahl und nicht jetzt entschieden. Und ebenso selbstverständlich setzen sich wie bisher auch die Landesverbände der FDP bei den Landtagswahlen die Wahlziele, die im jeweiligen Land sinnvoll erscheinen.

Ebenso selbstverständlich werden die Landesverbände wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft selbst entscheiden, ob sie mit einer Koalitionsaussage oder ohne Koalitionsaussage in die Wahlen gehen. Dass Landesverbände der FDP aus einer bestehenden erfolgreichen Regierungszusammenarbeit mit einer Koalitionsaussage in die Wahlen gehen, ist nur folgerichtig.

Im Grundsatz hat sich die Strategie der FDP bei der Bundestagswahl bewährt, auch wenn einiges bei der Arbeit und der konkreten Wahlkampfführung in Zukunft verbessert werden muss. Die Annahmen unserer Strategie sind unverändert richtig. Die Parteienlandschaft ist im Umbruch. Union, SPD und Grüne missverstehen den Staat und die Politik als den Vormund unmündiger Bürgerinnen und Bürger. Nur die FDP begreift Politik und Staat als den Wächter über die Fairness im Zusammenleben mündiger Bürgerinnen und Bürger und deren innere und äußere Sicherheit. Nur die FDP setzt auf eine echte Bürgergesellschaft. Deshalb wird die FDP auch in Zukunft daran arbeiten, wie viele andere europäische liberale Parteien zuvor ebenfalls den Aufstieg in die erste Liga der Parteienlandschaft zu schaffen.

III. Aufbruch 2006

1. Zielimage

Die FDP ist die Bürgerpartei in Deutschland. Sie greift die Anliegen der Menschen auf und gibt ihnen eine Stimme in der Politik. Die FDP will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Probleme unseres Landes lösen. Wir machen uns dafür stark, dass der Einzelne mehr selbst gestalten kann – durch mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie, durch weniger Staat und weniger Bürokratie. Als eigenständige und unabhängige Partei für das ganze Volk ist die FDP die Alternative zum konservativen Angebot der Union und der bevormundenden und leistungsfeindlichen Politik von Rot-Grün. Die FDP will als liberale Partei in der Mitte der Gesellschaft und der Mitte der Parteienlandschaft wachsen.

Als moderne und dynamische Partei, interessant für alle Altersgruppen, setzt sich die FDP für ein leistungsbereites, weltoffenes und tolerantes Deutschland ein, in dem jeder seine persönlichen Lebensentwürfe verwirklichen kann. So macht die FDP persönliche Freiheit erlebbar und vermittelt liberales Lebensgefühl.

2. Programmarbeit

Die FDP muss in Zukunft wieder stärker Programmpartei sein. Sie hat kein programmatisches Defizit, aber ein Defizit bei der Vermittlung ihrer programmatischen Vielfalt. Die Fragen nach einer Gesellschaft mit weniger Staat, nach der Organisation sozialer Gerechtigkeit in einem zunehmend unfinanzierbar gewordenen Staat und nach den politischen und strukturellen Grundlagen einer Politik der Generationengerechtigkeit, auf die die Bürgerpartei FDP in den Wiesbadener Grundsätzen Antworten formuliert hat, werden weder durch Rot-Grün noch durch die Union beantwortet.

Die in den Wiesbadener Grundsätzen programmatisch angelegte und in unserer Strategie zur Bundestagswahl 2002 politisch formulierte Zielsetzung einer eigenständigen und unabhängigen liberalen Partei für das ganze Volk, konnte am 22. September 2002 teilweise umgesetzt werden. Die in den letzten beiden Jahren begonnene Verbreiterung unserer Programmatik im Bereich der Sozialpolitik oder bei der demokratischen Mitwirkung („Mehr Demokratie wagen“) hat neue Wählerschichten für die FDP erschlossen.

Dennoch ist unübersehbar, dass auch nach vier Jahren Oppositionsarbeit in der Öffentlichkeit die FDP vor allem mit dem wirtschafts- und finanzpolitischen sowie dem bildungspolitischen Teil ihrer Programmatik verbunden wird. Die FDP hat ethische und emotionale Defizite bei der Vermittlung ihres umfassenden Gesellschaftsentwurfs. Der zum Teil erfolgreichen Stigmatisierung des liberalen Gesellschaftsentwurfs der FDP durch den politischen Gegner muss die FDP mit einer programmatischen Verbreiterung und einer emotionaleren Vermittlung ihrer Politik begegnen. Unser Ziel bleibt richtig: Der freiheitliche Gesellschaftsentwurf der FDP führt nicht nur zu besseren ökonomischen, sondern auch zu sozial gerechteren und ökologisch verträglicheren Ergebnissen für alle Menschen in Deutschland. Der rot-grüne Koalitionsvertrag macht es deutlicher denn je. Mehr Gerechtigkeit entsteht nicht durch mehr Staat sondern durch mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen in Deutschland.

Weitere vier Jahre in der Opposition bieten der FDP die Chance, die gestiegene Glaubwürdigkeit der Liberalen auszubauen, die Klarheit der Positionierung in vorhandenen Themenschwerpunkten zu erweitern und das Profil der FDP insgesamt zu verbreitern. Zugleich bleibt Programmarbeit für die FDP ein wesentliches Element der Wahrnehmbarkeit als liberale Oppositionspartei. Programmarbeit ist die Aufgabe der FDP insgesamt.

Eine liberale Partei für das ganze Volk setzt sich vor allem mit folgenden thematischen Herausforderungen für Deutschland auseinander:

- a) Die FDP ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Sie steht in der Tradition Ludwig Erhards. Wir wollen eine Rückbesinnung auf die Tugenden der klassischen sozialen Marktwirtschaft, um Arbeitsplätze und Wohlstand für alle zu sichern: durch eine neue Kultur der Selbstständigkeit, durch einen lebensfähigen Mittelstand, durch mehr Freiheit und weniger Staat, durch weniger Steuern und weniger Abgaben. Die FDP hat bei der Bundestagswahl 2002 insbesondere durch ihre klare Positionierung in der Steuerpolitik bei den Wählerinnen und Wählern Zustimmung erzielt. Auch in der jetzigen Legislaturperiode werden wir unseren Kurs für Leistungsgerechtigkeit in der Wirtschafts- und Steuerpolitik weiterführen. Durch Leistungsanreize in einem niedrigeren und transparenten Steuersystem, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Angesichts der weiter steigenden Abgabenbelastung werden wir die Steuerdebatte um das Thema Abgaben erweitern. Das Regierungsprogramm von rot-grün beweist: Weder die SPD noch die Grünen zeigen wirtschafts- oder finanzpolitische Kompetenz. Gleichzeitig werden die Grundlagen internationaler Wirtschaftspolitik durch den Prozess der Globalisierung verändert. Dabei wird die Globalisierung überwiegend als Risiko für Deutschland diskutiert. Die ökonomischen Chancen der Globalisierung

werden ebenso unterschätzt wie die Chancen, durch die Globalisierung Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte weltweit durchzusetzen. Die Diskussion wird in Deutschland unzureichend und oberflächlich geführt.

Der Bundesvorstand setzt folgende Kommission ein:

„Chancen der Globalisierung nutzen – soziale Marktwirtschaft stärken“

- b) Die FDP ist die Partei für Generationengerechtigkeit. Generationengerechtigkeit ist Zukunftssicherung für die junge Generation und Anerkennung der Lebensleistung der älteren Generation. Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und die demografische Entwicklung zwingen dazu, die Systeme der sozialen Sicherung den veränderten Bedingungen anzupassen. Die FDP will die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen und durch Transparenz und mehr Vereinfachung für mehr Gerechtigkeit sorgen. Weitere Steuerzuschüsse in unreformierte Systeme lehnen wir ab. Wir wollen eine Sozialpolitik zugunsten der Bedürftigen und nicht der Findigen. Eine Sozialpolitik, die die Bereitschaft zur Gegenleistung von denjenigen fordert, die staatliche Unterstützung erhalten.

Der Bundesvorstand setzt folgende Kommission ein:

„Den demografischen Wandel meistern – soziale Sicherungssysteme reformieren“

- c) Die FDP ist die Partei der Bildung. Freiheit ist Voraussetzung von Bildung und Bildung ist Bedingung von Freiheit. Bildung ist und bleibt Bürgerrecht. Der wichtigste Rohstoff der Deutschen heißt Bildung. Die FDP sieht in der Bildung, Ausbildung, im Wissen und im Forschergeist die wichtigsten Zukunftsressourcen, um Deutschland gesellschaftlich und wirtschaftlich für das Informationszeitalter fit zu machen. Neue Technologien sind für Liberale zuerst Chance und nicht Risiko.

Bildung hat finanziell und politisch Priorität, damit unsere Schüler, Auszubildenden und Studenten später im weltweiten Wettbewerb bestehen können. Wir wollen Chancengleichheit in der Bildungspolitik, so dass alle Kinder in besseren Schulen und Hochschulen in kürzerer Zeit zu qualifizierten Abschlüssen geführt werden. Wir wollen Leistungsgerechtigkeit in der Bildungspolitik durch mehr Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen.

Die kulturellen Grundlagen einer Gemeinschaft sind die Basis für das Zusammenleben in der Zivilgesellschaft. Bewahrung und Förderung von Kunst und Kultur sind Teil eines Angebotes an alle Bürgerinnen und Bürger zur Lebenserfüllung und Wertefindung.

Der Bundesvorstand setzt folgende Kommission ein:

„Werte in der liberalen Bürgergesellschaft – Zukunftsorientierte Bildung und kulturelle Vielfalt im 21. Jahrhundert“

- d) Die FDP ist die Partei für Verantwortungsgemeinschaften. Freiheit bedeutet nicht gesellschaftliche Vereinzelung, Egoismus und Bindungslosigkeit. Liberale treten dafür ein, dass Bindungen freiwillig und selbst bestimmt eingegangen werden. Als moderne und weltoffene Partei ist die FDP die einzige Partei, die nicht die eine oder andere Lebensform bevorzugt, sondern die dafür sorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben führen wollen. Die FDP trägt modernen und traditionellen Lebensentwürfen gleichermaßen Rechnung. Investitionen in Partnerschaften, wo Kinder sind, stellen keine gnädige Wohltat dar, sondern sind Investitionen in unsere Zukunft.

Der Bundesvorstand setzt folgende Kommission ein:
„Zukunft der Familie – Familie der Zukunft“

- e) Die FDP ist die Partei für mehr Bürgerfreiheit, mehr Bürgerrechte und mehr Bürgerverantwortung. Das Verhältnis von Bürger und Staat ist für uns ein Kernthema. Die ungeheure Regelungsdichte und Verschleppung von Verwaltungsverfahren, die Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland jährlich enorme Bürokratielasten auferlegen, fördern die zwischen Politik und Bürgern ohnehin immer größer werdende Distanz. Unser republikanisches Gemeinwesen braucht die Aktivierung seiner Bürger. Mehr Eigenverantwortung und Mitverantwortung heißt weniger Staat. Nur dort, wo Eigenverantwortung und Mitverantwortung das Leistungsvermögen der Bürger übersteigen, übertragen sie Verantwortung auf ihren Staat.

Garant für mehr Bürgerfreiheit und Bürgerverantwortung ist der Rechtsstaat. Nur ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, kann Freiheit erhalten und Sicherheit gewährleisten. Nur ein schlanker Staat ist ein starker Staat.

Der Bundesvorstand setzt folgende Kommission ein:
„Mehr Demokratie statt Bürokratie und Filz – die liberale Mitmachgesellschaft“

- f) Die FDP ist die Europapartei. Wir haben in der Vergangenheit mit den liberalen Außenministern Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel Grenzen und Barrieren eingerissen und zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden in Europa beigetragen. Die Westintegration, die Ostpolitik der Liberalen waren Voraussetzungen für die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit. Die Lehre der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist die Einbettung Deutschlands in ein freiheitliches friedliches Europa. Im zusammenwachsenden Europa, vorrangig der Aufnahme der osteuropäischen Staaten sollen die Prinzipien von Menschlichkeit, Subsidiarität, parlamentarische Verantwortung und Demokratie gelten.

Der Bundesvorstand setzt folgende Kommission ein:
„Verfassung für ein liberales Europa“

Die Zusammensetzung und Leitung aller Kommissionen wird auf der Bundesvorstandssitzung am 02. Dezember entschieden.

3. Personen

Ziel der FDP ist es, ihre inhaltliche Kompetenz mit personellen Angeboten zu verknüpfen. Dieses ist im Bundestagswahlkampf nur in Ansätzen gelungen.

Die Mitglieder der Führungsgremien der FDP werden in der kommenden Wahlperiode persönlich Verantwortung für einzelne Themenbereiche übernehmen und diese in die Partei hinein und in die Öffentlichkeit vertreten. Dies trägt einer notwendigen Verbreiterung des personellen Angebots der FDP Rechnung.

Die FDP verfügt durch die große Zahl an jungen Neumitgliedern und durch die gewachsene Präsenz in den Landtagen sowie die größere und jüngere Bundestagsfraktion über eine wachsende personelle Reserve. Diese personelle Reserve muss verantwortliche Aufgaben in der FDP übernehmen und zugleich mediale Bekanntheit gewinnen. Hierzu gehört insbesondere die Berücksichtigung von Frauen. Die Frauenförderung in der FDP muss auf ein neues Fundament gestellt werden. Trotz erheblicher Anstrengungen ist der Anteil der weiblichen Mitglieder zu gering. Die FDP wird dies durch programmatische Initiativen, neue Angebote zur Zusammenarbeit und eine stärkere Präsentation der hervorragenden aktiven Frauen in der FDP ändern.

4. Instrumente

a) Wahlkämpfe

Wie bisher werden die Landesverbände in eigener Verantwortlichkeit über Strategie und Kampagne bei Landtagswahlen entscheiden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und wahlkampfführenden Landesverbänden, die sich insbesondere bei den Wahlen in Hamburg, Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bewährt hat, wird fortgeführt. Die Bundesgeschäftsstelle wird auch zukünftig insbesondere bei den Landtagswahlkämpfen in außerparlamentarischen Landesverbänden Unterstützung leisten.

Es ist das Ziel der FDP, in der nächsten Legislaturperiode den Substanzgewinn bei der Bundestagswahl in eine Verstärkung der kommunalen Basis und eine Verbreiterung der Präsenz in den Landtagen zu übertragen. Wir wollen 2003 mit starken Fraktionen in die Landtage in Niedersachsen, Bremen und Bayern und in Regierungsverantwortung zurückzukehren sowie die erfolgreiche Regierungsarbeit in Hessen mit einer starken Fraktion im Landtag fortsetzen. In Schleswig-Holstein und Brandenburg werden wir die kommunale Basis der FDP weiter ausbauen. Durch Landtagswahlsiege muss die strategische Position der FDP durch weitere Regierungsbeteiligungen gestärkt werden. Gerade weitere Erfolge in Ostdeutschland grenzen die FDP positiv ab von der Regionalpartei West, den Grünen.

Ein Erfolg bei den Europawahlen 2004 ist für die FDP von zentraler Bedeutung. Mit der Rückkehr ins Europäische Parlament festigt die FDP ihre Stellung im Parteiensystem und stärkt ihre Position als Europapartei. Die vom Bundesvorstand eingesetzte Kommission „Verfassung für ein liberales Europa“ erarbeitet das Wahlprogramm für die Europawahl.

b) Kampagnen

Die FDP konnte sich in den vergangenen Jahren durch Kampagnenarbeit zu den jeweiligen Schwerpunktthemen profilieren. Gerade in den Bereichen der Steuer- und Bildungspolitik werden ihr auch deshalb Kompetenzen zugeschrieben.

Der Verlauf und das Ergebnis der Bundestagswahl hat jedoch gezeigt, dass eine weitere Erhöhung der Kompetenz in einzelnen Feldern sowie eine Ergänzung des Themenspektrums um emotionale Aspekte erforderlich ist. Wähler entscheiden nicht nur ökonomisch-rational sondern wählen ebenso ein Lebensgefühl und eine kulturelle Heimat in der Politik.

Die langfristige Kampagnenarbeit der FDP bis zum Jahr 2006 wird die Schwerpunktthemen der FDP aufgreifen und vertiefen, um die Kompetenz der Liberalen weiter zu erhöhen und zu stärken und die Partei von den Mitbewerbern abzugrenzen. Das Themenspektrum der FDP wird erweitert, auch um der Identifikation mit der FDP neben rationalen Motiven stärker emotionale Elemente hinzuzufügen.

Jede Kampagne ist für ein Jahr konzipiert und wird inhaltlich von einer der durch den Bundesvorstand eingesetzten Kommissionen vorbereitet und begleitet. In die Kommissionen werden die Bundestagsfraktion und die Bundesfachausschüsse eingebunden. Die Generalsekretärin koordiniert die Arbeit der Kommissionen.

Jede Kommission erarbeitet ein Papier zu dem jeweiligen Themengebiet und bringt es in den Bundesvorstand ein. Als Konzept des Bundesvorstandes wird es der Partei zur Diskussion vorgelegt und in Konferenzen, auf Parteitagen und in andere Veranstaltungen wird die Parteibasis mit diesen Schritten umfassend eingebunden.

Ein bundesweiter Aktionstag bildet jeweils den Auftakt zu einer Kampagne auch in den Landesverbänden und nachgeordneten Gliederungen.

c) Bundsratsarbeit

Nach dem 22. September verfügt die rot-grüne Koalition zwar über eine Mehrheit im Bundestag, nicht aber im Bundesrat.

Die Bundesländer haben im einzelnen folgendes Stimmengewicht in der Länderkammer:

Baden-Württemberg (CDU/FDP)	sechs Stimmen
Bayern (CSU)	sechs Stimmen
Berlin (SPD/PDS)	vier Stimmen

Brandenburg (SPD/ CDU)	vier Stimmen
Bremen (SPD/ CDU)	drei Stimmen
Hamburg (CDU/ FDP/ Schill-Partei)	drei Stimmen
Hessen (CDU/ FDP)	fünf Stimmen
Mecklenb.-Vorpommern (SPD/PDS)	drei Stimmen
Niedersachsen (SPD)	sechs Stimmen
Nordrhein-Westfalen (SPD/Grüne)	sechs Stimmen
Rheinland-Pfalz (SPD/FDP)	vier Stimmen
Saarland (CDU)	drei Stimmen
Sachsen (CDU)	vier Stimmen
Sachsen-Anhalt (CDU/FDP)	vier Stimmen
Schleswig-Holstein (SPD/Grüne)	vier Stimmen
Thüringen (CDU)	vier Stimmen

Bei Betrachtung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat ist es die FDP, die hier den Schlüssel zur Entscheidung in der Hand hält. Durch entsprechende „Sperrminoritäten“ kann die FDP sicherstellen, dass keines der A- bzw. B-Lager alleine erfolgreich Entscheidungen sowohl bei der Frage von Zustimmungsgesetzen wie auch bei der Frage von Einspruchsgesetzen hat.

Dabei wird die FDP auch künftig Wert darauf legen, dass die Arbeit der Landesregierungen sich an den Interessen des Landes ausrichtet. Gleichwohl wird die Koordination der Zusammenarbeit der von der FDP mitregierten Länder erhöht. Zur besseren Koordination der Arbeit werden folgende Maßnahmen festgelegt:

- Das Präsidium befasst sich im 14-tägigen Rhythmus mit der Vorbereitung auf die Bundesratssitzung. Dazu werden die stellvertretenden Ministerpräsidenten aus den FDP-mitregierten Ländern eingeladen. Die Sitzungen werden fachlich von der Generalsekretärin vorbereitet.
- Die Bundestagsfraktion benennt einen Koordinator für die F-Länder-Runde.

d) Netzwerke

Die FDP muss als Partei bewegen und über klassische Parteiarbeit hinaus ins Gespräch kommen. Durch einen konstanten Dialog mit Multiplikatoren verwurzelt sich die FDP tiefer in der Gesellschaft. Als Bürgerpartei geht sie näher ran an Bürger besonders durch den direkten persönlichen Kontakt. Multiplikatoren mit Mut zum öffentlichen und privaten Bekenntnis zur FDP sind wichtige Botschafter liberaler Politik. Sie festigen das Ansehen der FDP in der Gesellschaft und machen es widerstandsfähiger gegen mediale Gegenkampagnen. Die FDP will Netzwerke um die Partei weiter wachsen lassen und fachliche Kompetenz und öffentliche Prominenz nach innen und nach außen nutzen, auch durch aktiven Zielgruppdialog. Die FDP verfügt über interessante Angebote für Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre Leistung eine herausgehobene Stellung in ihrem beruflichen Umfeld oder im öffentlichen Leben erreicht haben:

- Verknüpfung/Koordination der verschiedenen Unterstützer-Aktivitäten besonders mit dem bestehenden „Liberalen Netzwerk“, das über Wirtschaft hinaus mehr Mitwirkung im Bereich Sport, Kunst und Kultur und Unterhaltung braucht.
- Fortsetzung von Unternehmengesprächen des Bürgerfonds wie zum Beispiel „Mittelstand und New Economy“
- Ausbau des regelmäßigen Gesprächskreises „Wirtschaft“ und des Beraterkreises für den Bundesvorsitzenden
- Langfristige Vorbereitung einer Prominenten-Initiative
- Fortsetzung des Gesprächskreises „Verbände und Politik“

e) Neumitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung

Die Mitgliederwerbekampagne muss fortgesetzt werden. Dabei sollte ein Schwerpunkt auf die Werbung von Frauen gelegt werden. Dies ist auch eine besondere Aufgabe für die Jungen Liberalen und die Liberale Hochschulgruppe. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die Jungwählerinnenkampagne in die Mitgliederwerbekampagne zu integrieren und über alle Altersgruppen hinweg auszubauen.

Als weitere Maßnahmen für die Mitgliederwerbung erscheinen sinnvoll:

- geplante Kampagnen immer in Verbindung mit Maßnahmen zur Mitgliederwerbung in spezifischen Zielgruppen und Beibehaltung der Möglichkeit einer Kampagnenmitgliedschaft als „Schnuppermitgliedschaft“. Jede Kampagne der FDP verfolgt auch das Ziel Mitgliederwerbung.
- Regelmäßige Aktionstage zur Mitgliederwerbung.
- „Freundschaftswerbung“, z.B. eine Mitgliederbundesliga als Wettbewerb unter den Gliederungen und Mitgliedern
- Nutzung der interaktiven Möglichkeiten des Internets

Die überaus erfreuliche Mitgliederentwicklung verpflichtet uns, die Neumitgliederbetreuung zu intensivieren. Folgende Maßnahmen für die Neumitgliederbetreuung erscheinen sinnvoll:

- Willkommens-Paket für jedes Neumitglied mit den Wiesbadener Grundsätzen, einigen Werbemitteln und weiteren Mitgliedsanträgen. Jedes Neumitglied ist ein Werbeträger für neue Mitglieder.
- Organisation von dezentralen Neumitgliedertreffen in allen Landesverbänden
- Durchführung eines zentralen bundesweiten Neumitgliederkongresses im Januar 2003 in Hannover
- Erstellung eines Leitfadens zur Neumitgliederbetreuung für die Kreis- und Ortsverbände mit Hinweisen für die Ansprache von Neumitgliedern und die Durchführung von Neumitgliedertreffen

f) Liberales Vorfeld

In den vergangenen Jahren wurde das Liberale Vorfeld deutlich ausgebaut. Für wichtige Generationengruppen und für wichtige Berufsgruppen verfügt die FDP über ein vielfältiges Angebot zur Mitarbeit. Diese Form der Mitarbeit darf sich aber nicht in der Beteiligung an der Gremienarbeit der FDP erschöpfen. Vielmehr ist es gerade Aufgabe des liberalen Vorfelds, Menschen in für die FDP wichtigen Zielgruppen für die liberale Idee zu begeistern und zu gewinnen, mit denen die Partei direkt schwerer in Kontakt kommen kann. Dies gilt für den Mittelstand ebenso wie für soziale Bewegungen, dies gilt für die Senioren ebenso wie für die junge Generation oder die Frauen. Die liberalen Vorfeldorganisationen erhalten regelmäßig die Gelegenheit in der Parteizeitung über ihre Arbeit zu berichten.

Der Bundesverband Liberale Senioren – LiS @ - hat entscheidende Bedeutung für die gezielte Ansprache der älteren Generation. Präsidium und Bundesvorstand stellen sicher, dass der Bundesverband Liberale Senioren auf dem nächsten Bundesparteitag die dafür notwendigen Rechte in der Bundessatzung bekommt.

Die Arbeit der liberalen Kommunalpolitiker hat in den vergangenen Jahren erfreuliche Früchte bei der Verbreiterung der kommunalen Basis der FDP getragen. Dieser Kurs der Verbreiterung der kommunalen Basis wird fortgesetzt.

5. Schlussbemerkung

Die FDP wird als klarstes Kontrastprogramm zur falschen rot-grünen Regierungspolitik eine glasklare Oppositionspolitik betreiben und den Menschen die Alternativen einer liberalen Politik aufzeigen. Sie wird insbesondere bei den bevorstehenden beiden Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen den Unmut und den Protest aus der Mitte der Gesellschaft aufnehmen und ihm in den Wahlkämpfen eine kraftvolle Stimme verleihen. Mittelfristig wird die FDP ihre gewachsene Substanz in größere Verantwortung in Kommunen und Ländern umsetzen. Langfristig wird die FDP als Bürgerpartei der Mitte ähnlich erfolgreich werden wie dies andere liberale Parteien in Europa bereits heute sind.

Berlin, den 30. Oktober 2002